

Danziger



Beitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 387.

Nr. 22569.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse 4, bei sämtlicher Abholstellen und bei allen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Abonnementspreis für die „Danziger Zeitung“ mit dem illustrierten Wochblatt „Danziger Fidele Blätter“ und dem „Westpreußischen Land- und Hausfreund“ vierteljährlich 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., bei einmaliger Zustellung 2,65 Mk., bei zweimaliger 2,75 Mk. — Inserate kosten für die siebengespaltene gewöhnliche Schrift je oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1897.

England heute und vor 60 Jahren.
Interessant ist der Vergleich, welchen der englische Schatzkanzler Hicks-Beach im Unterhause über die Finanzlage Englands vor 60 Jahren und heute anstellt. Die Königin Victoria kann an ihrem Jubiläum stolz auf diese sechs Decennien während der sie an der Spitze Großbritanniens gestanden hat, zurückblicken.

1836 war das gesammte Staatseinkommen 52½ Millionen Pfund, 1896 belief es sich auf 112 Millionen Pfund.

1836, vor der Einführung des Freihandels, gab es 1135 verschiedene Zollsätze. Dennoch war der Reinertrag der Zölle nur ¾ Millionen mehr als jetzt der Ertrag von drei Zollobjecten, nämlich Alkohol, Kaffee und Tee. Aus einem amtlichen Bericht der Behörden der Armensteuer ergibt sich Folgendes: Ein Arbeiter, der einen Wochenlohn von 13 Shilling und 2 Pence (18 Mk. und 20 Pf.) hatte, zahlte im Jahre an indirekten Steuern allein für Tee, Tabak, Zucker, Butter und Geife 2 Pfund 3 Shilling und 5 Pence (43,50 Mk.). Jetzt würde er für diese Gegenstände 12 Shilling 8½ Pence (12 Mk. 35 Pf.) zahlen. Diese Verminderung in den Ausgaben der arbeitenden Klassen ist möglich geworden durch Ersatz indirekter Steuern durch directe. Im Jahre 1836 betragen die directen Steuern 23 Proc. des Staatseinkommens, jetzt betragen sie 39 Proc.

1836 belief sich der Handel mit dem Ausland (Einfuhr und Ausfuhr) auf 125 Millionen Pfund; jetzt ist er gestiegen auf 738 Millionen. Das sind einige von den Folgen des Freihandels, der 1846 durch Sir Robert Peel eingeführt wurde. Wie sich die arbeitende Klasse dabei sieht, ergibt sich aus folgender Angabe: 1836 waren die Einlagen in Sparkassen 18½ Millionen Pfund, 1896 waren es 155 Millionen Pfund; die Zahl der Einleger stieg von 590 000 Personen auf 8 396 000; berechnet auf die Bevölkerung hatte im Jahre 1836 eine Person von 43, im Jahre 1896 eine Person von 5 Einlagen in Sparkassen.

Außer diesen Zahlen, die deutlich den bedeutenden wirtschaftlichen Fortschritt bezeugen, den England besonders in dem halben Jahrhundert des Freihandels gemacht hat, gibt der Schatzkanzler noch einige andere Zahlen, die nicht weniger deutlich sprechen. Für die Volksschule gab der Staat im Jahre 1836 nichts; jetzt ist der jährliche Beitrag 9½ Millionen Pfund. Die Staatschuld, welche am Schlusse der Napoleonischen Kriege über 800 Millionen Pfund betrug, ist seitdem um etwa 200 Millionen verringert worden und jetzt um die Hälfte kleiner als die französische. Die Zinsen und Verwaltung der Staatschuld erforderten 1836 die Summe von 27 866 000 Pfund, jetzt rund 10 Millionen weniger. Im vergangenen Jahre wurden 7 266 000 Pfund getilgt.

Zweifellos geht aus diesen Zahlen eins hervor, daß England durch die Politik des Freihandels einen kolossalen Aufschwung genommen hat.

Deutschland.

Minister v. d. Recke und der Bund der Landwirthe.

Der Herr Minister ist bei der Abgeordnetenhausdebatte über die pommersche Pachtwirtschaft so vorlängig gemeine, zu versichern, es liege ihm fern, sich die Action des Landrats (v. Puttkamer) und die Ausdrücke, die sich in den

einzelnen Schreiben finden, anzueignen; ebenso wenig sei er in der Lage, alle diesenigen Ausführungen, die sich in den gehaltenen und nicht gehaltenen oder publicirten Reden finden, im Abgeordnetenhause zu vertreten. Dann führt er fort:

„Meine Herren, ich mache gar keinen Hehl daraus und ich glaube auch, daß dem betreffenden Beamten bereits nach dieser Richtung hin das Erforderliche eröffnet worden ist. Sollte das noch nicht geschehen sein, so wird es sicherlich noch erfolgen.“

Es ist vom bureauristischen Standpunkte aus ja sehr anerkennenswerth, daß der Herr Minister dieses „Dienstgeheimniß“ so ohne weiteres der Öffentlichkeit preisgibt; aber die Worte des Herrn verrathen, daß er jedes Verständnisses dafür vor sich hat, daß das Vorgehen des „Geheimen Regierungsrates“ v. Putthamer das Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung in der empfindlichsten Weise verletzt hat und daß die ausgeregte öffentliche Meinung Genugthuung fordert. Das Erforderliche, was Herrn v. Puttkamer auf dem Dienstwege eröffnet werden ist oder sicherlich noch eröffnet werden wird, hat damit nichts zu thun. Minister v. d. Recke hat aber im weiteren Verlauf seiner Rede über den „Nordost“ über die Agitationen des Bundes der Landwirthe indessen leider gar nicht sich ausgesprochen. Wie denkt z. B. der Minister v. d. Recke über den Antrag der Minister v. d. Recke bezüglich dessen der Reichskanzler am 29. März 1895 im Reichstage constatirte, daß die von demselben erwartete Erhöhung der Getreidepreise nur 4 Millionen von den 19 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung zum Vortheil gereichen würde, während die übrigen 15 Millionen von der Erhöhung kaum Vortheil, ja, mit relativ wenigen Ausnahmen, einen direkten Nachtheil durch die Vertheuerung ihrer Lebenshaltung haben würden. Soll es bedenklich sein, wenn diese 15 Millionen darüber aufgeklärt werden, daß der Bund der Landwirthe, der für die Erhöhung der Getreidepreise agitiert, ihre Interessen nicht im Auge hat? Und was die Art der Agitation betrifft, so hat ein College des Ministers v. d. Recke, nämlich der Minister der Landwirtschaft, die Agitation des Bundes der Landwirthe als gemeingefährlich gebrandmarkt, weil die Bevölkerung aufgehetzt werde gegen die Regierung, die angeblich nicht helfen will.

Der „Nordost“ verlangt nichts von der Regierung, als daß sie ihre Beamten zur Beobachtung der Gesetze anhalte. Und das ist doch ein ebenso bescheidenes wie berechtigtes Verlangen!

* Berlin, 14. Mai. Beim Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms ist man jetzt wieder in voller Arbeit. Auf dem Denkmalschmuck wird mit der Verlegung des kostbaren Mosaiks begonnen. Augenblicklich arbeitet man an der Herstellung des 80 Meter langen Frieses, der sich um das Reiterstandbild und an der Freitreppe hinziehen wird. Die Farben sind Elsenbein und schwarz mit verschiedenen Abtönungen. Der Fries wird eine Darstellung der deutschen Bundesstaaten zeigen in freien Compositionen, deren Motive an die Eigenart und die Ereignisse der einzelnen Länder anknüpfen; den lebensgroßen Figuren werden die genauen heraldischen Wappen beigegeben. Der Name jedes Staates wird auf

über. „Ich lege Protest ein gegen die Beleidigung der Zeugin.“

Bewundert sahen Geschworene und Richter einander an; der Staatsanwalt aber schüttelte leicht den Kopf. Durch die Reihen der Zuschauer lief ein Rauschen.

„Und mit welcher Begründung, Herr Rechtsanwalt?“

Hermann Mohrungen war aufgestanden; aber seine Hände stützten sich auf den Rand des kleinen Tischchens, und die ihm zunächst sahen, glaubten wahrzunehmen, daß diese Hände sogar ein wenig zitterten. Jedensfalls war seine sonst so vollstönende Stimme plötzlich belegt, und die Worte kamen nicht in fließender Rede, sondern stoßweise und wie mit Anstrengung über seine Lippen.

„Ich erhebe Einspruch, weil — weil ich nicht an die Möglichkeit so genauer und sicherer Beobachtung in solchen Augenblicken höchster Aufregung zu glauben vermag. Und ich stelle darum den Antrag, die Beleidigung der Frau Gräfin wenigstens noch so lange auszusuchen, bis auch die anderen Augenzeugen des Ereignisses vernommen werden sind.“

„Ah, das ist eine Beleidigung!“ rief Raffaela laut. „Ich bitte Sie, mich dagegen zu schützen, Herr Präsident!“

Mohrungen fuhr zusammen. Er schien Willens, noch etwas zu sagen; da begegneten seine Augen denjenigen der Gräfin — und er schwieg.

„Der Gerichtshof wird sich zur Beratung über den Antrag des Herrn Vertheidigers zurückziehen“, erklärte der Vorsitzende, und es trat eine kurze Unterbrechung in dem Gange der Verhandlung ein. Die Gräfin hatte sich auf einen der für die Zeugen bestimmten Stühle niedergelassen; Hermann Mohrungen aber blätterte sehr angelegenheitlich in seinen Papieren, als ob er sich davor fürchte, noch einmal diesem Blicke zu begegnen, in welchem eine soflammende Bereitschaft war.

Auf den Bänken des Zuschauerraumes befand man sich in der denkbar höchsten Spannung; der Einzige, der von der allgemeinen Aufregung nicht

vöndern verzeichnet. Die Kosten des gesammten Mosaikplatzes betragen rund 90 000 Mark.

* [Zur Spende des Kaisers] anlässlich der Pariser Brandkatastrophe schreibt Cornely im „Gaulois“:

„Die Condolenz-Depesche des Deutschen Kaisers hat uns überrascht und entzückt; sie war eisterlich und menschlich und Frankreich, das Land der Courtoisie, konnte sie nur mit Dank empfangen. Die kaiserliche Spende überrascht und verwirrt uns ein wenig. Man kann sich gewiß nur dankbar neigen vor dieser neuen Manifestation eines unablässigen Interesses, aber man kann auch fürchten, daß die Egaliisten, die jede Nation enthält und mit denen die unsere besonders reich versehen ist, den kaiserlichen Schenkungen befreuen, um jene Haßgefühle zu beleben, die diefer Act gerade beruhigen sollte. Man kann also glauben, daß der Kaiser mit seiner Depesche genug gehabt hat und daß seine Subscription ein Lugus ist, denn sicher werden Leute behaupten, diese zehntausend Francs seien von den fünf Milliarden abzu ziehen, und man thut besser, diese Leute nicht zu reizen.“

Die Mehrzahl der Pariser Blätter hat die Spende Kaiser Wilhelms II. ohne jeden Commentar mitgetheilt.

Der „Figaro“ dagegen widmet auch bei dieser Gelegenheit dem Kaiser einen sehr sympathischen Artikel. „Wir selbst“, fragt das Blatt, „beginnen wir nicht bei der Erinnerung an die Vergangenheit mehr Trauer als Zorn zu empfinden? Soll denn die Zukunft nur den ewigen Revanchen gehören? Muß immer Sedan auf Jena folgen und Waterloo auf Austerlitz?“ Die chauvinistischen Blätter lassen eine gewisse Resignation merken; sie würden eigentlich mehr gegen das angeblich gesunkene französische Nationalgefühl, als gegen den deutschen Kaiser. So klagt die „Libre Parole“, sie habe den von einem Leser eingesandten Vorschlag, eine Subscription zu eröffnen, um dem Kaiser die 10 000 Francs zurückzuzenden, nicht ausführen können, weil dieser Vorschlag wahrscheinlich eine laue Aufnahme gefunden hätte.

* [Der prägende Polizeichef von Wandsbeck.] Der Stadt- und Polizeichef Schow in Wandsbeck hatte eine sehr „schlagfertige“ Art, gegen etwaige Delinquente vorzugehen, die ihm abgeföhrt wurden; so hatte er jüngst einen Postunterbeamten, der wegen nächtlichen Unfugs auf der Straße zur Amtsstube gebracht wurde, ohne weiteres kräftig durchgeprügelt. Der betreffende Oberpolizeidirektor hatte Strafanzeige erstattet. Wie sich nun herausgestellt hat, hat Herr Schow dieses Verfahren seit langer Zeit geübt. Vor gestern stand in Wandsbeck eine von mehr als 2000 Personen besuchte Bürgerversammlung statt, die nach einer vom Stadtverordneten Beran gegebenen Beleuchtung der Erziehungsmethode des Polizeichefs Schow eine längere Entschließung, die an den Magistrat, das Landratsamt, den Regierungspräsidenten und den Minister des Innern abgehen soll, annahm, worin das Vorgehen des Polizeichefs als ein, weil unmoralisch und ungeschickt, zurückzuweisender Act der Polizeiwillkür gekennzeichnet und von der zuständigen Stelle Genugthuung verlangt wird für das die ganze Bürgerstadt beleidigende Ausschreitungsverscharen. Die Genugthuung erblickt die Bürgerschaft zunächst darin, daß der Stadt- und Polizeichef Schow unverzüglich vom Dienst suspendiert und daß nach Feststellung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen das Strafverfahren eingeleitet wird.

* [Zugverhältnisse.] Von den fahrplanmäßigen Zugten mit Personenbeförderung

(1 092 408 Züge auf den größeren deutschen Eisenbahnen ausschließlich der bayerischen) haben in den Monaten Januar bis Ende 1897 im ganzen 12 506 Züge verspätet. Es sind dies 8427 Züge mehr wie im Vorjahr. Die beträchtliche Junahme gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahrs ist hauptsächlich auf die ungünstigeren Witterungsverhältnisse in den drei ersten Monaten des laufenden Jahres zurückzuführen, wo in Folge von Schneeverwehungen außerdem auf 23 Bahnen 827 Züge ganz und 361 Züge streckenweise ausgefallen sind.

* Nach einer Meldung der „Berl. N. Nachrichten“ wird Contreadmiral Tirpitz in den ersten Juni-Tagen in Berlin eintreffen und seine volle Kraft und Gesundheit zur Übernahme seines Amtes mitbringen.

* [Ausstellung deutscher Städte in Paris.] In der letzten Berliner Magistrats-Sitzung brachte Stadt- und Landrat Ramsau eine bemerkenswerte Anregung zum Vortrage. Es handelt sich um eine Conferenz von Vertretern deutscher Städte, welche im Anschluß an den Congress für Wohlfahrtspflege in Karlsruhe stattfinden und welcher auch ein Vertreter des Berliner Magistrats bewohnen soll. Gegenstand dieser Besprechung wird der vom Magistrat von Karlsruhe gestellte Antrag sein, daß sämtliche deutschen Städte mit über 10 000 Einwohnern sich zu einer Collectiv-Ausstellung zusammenschließen, welche auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 in Zeichnungen, Modellen etc. ein anschauliches Bild von den Fortschritten der deutschen Gemeinwesen, besonders auf dem Gebiete der Hygiene, geben.

England.

* [Geschenk des Zaarenpaars.] Das Jubiläumsgefein des Kaisers und der Kaiserin von Russland an die Königin Victoria wird in einem mit Smaragden besetzten Halsbande im Werthe von 20 000 Lstr. bestehen. Die Lieblings-Juwelen der Königin sind Smaragde und Perlen. Während der ersten 25 Jahre ihrer Regierung trug die Königin die berühmten Perlen der Königin Charlotte. Ihr Werth wird auf 150 000 Lstr. geschätzt. Die Perlen mußte die Königin aber 1857 dem König von Hannover ausantworten; es hatte sich nämlich herausgestellt, daß eigentlich der Vater des Königs Ernst nach dem Tode der Königin Charlotte die Perlen hätte erben sollen. Jetzt gehören sie der Herzogin von Cumberland.

Von der Marine.

* Am 14. Mai findet die erste Einschiffung der in diesem Jahre eingeführten 80 Kadetten zu je 40 an Bord der Schulschiffe „Stein“ und „Charlotte“ statt, nachdem die Vereidigung am 5. Mai erfolgt ist. Die jetzt bevorstehenden Seekadetten des Jahrganges 1896 sind gleichfalls auf diese Schiffe und die Schiffsjungenschiffe „Greisenaus“ und „Nixe“ verteilt. Nach erlangter genügender Sicherheit der Kadetten in der Takelage beginnen die Kreuzfahrten der Schulschiffe im westlichen Theile der Ostsee. Während der Regatta-woche der Sportsegler Ende Juni, der sogenannte Kieler-Woche, bleiben die Schiffe im Hafen und beginnen danach eine längere Kreuzfahrt in Ost- und Nordsee und Nordatlantik mit Anläufen von Auslandshäfen. Im August treten die Schulschiffe die halbjährige Auslandsreise nach Westindien oder den Kanarischen Inseln und dem Mittelmeere an.

Weder der Staatsanwalt noch der Vertheidiger hatten weitere Fragen an ihn zu richten, und so nahm er, mit dem Taschentuche sich den Schweiz von der Stirn trocknend, an der Seite seiner Gemahlin Platz.

Der Name des Grafen Wenzel war der nächste, welcher aufgerufen wurde. Der Jurälenlieutenant erschien im Civilanzug und begrüßte das Richtercollegium sehr unbefangen und sicher. Es gab eine große Bewegung, als er in seiner knappen und klaren Darstellung des dramatischen Vorfalls bis zu der Erklärung gekommen war, daß er den Arm des Verbrechers in demselben Augenblick gepackt habe, als Wismar seinen Revolver auf die junge Gräfin anlegte. Der Präsident mußte sich wieder durch ein Glockenzeichen Ruhe verschaffen, ehe er den Zeugen fragen konnte: „Haben Sie genau gesehen, daß der Angeklagte auf die Gräfin gezielt?“

„Gewiß! Er stand ja unmittelbar neben mir und als ich die verdächtigen Handbewegungen wahrnahm, konnte ich nicht darüber im Zweifel sein, was er im Schildre führt.“

Das heißt: die vorausgegangenen Worte Wismars hatten die Vermuthung in Ihnen erzeugt, daß es sich um einen Anschlag auf das Leben der Gräfin handeln solle. Hätten Sie es denn unbedingt sehen müssen, wenn er die Waffe nicht auf die junge Frau, welche ihm gegenüber saß, sondern auf die eigene Tochter gerichtet hätte?“

„Ich glaube wohl, daß mir das schwerlich hätte entgehen können, und die Richtung des Schusses spricht ja auch mit unzweifelhafter Bestimmtheit gegen eine solche Annahme.“

„So sollte man meinen. Aber es ist hier eine Zeugenausage abgegeben worden, welche zu Ihrer Darstellung in directem Gegensatz steht. Nach dieser Aussage soll lediglich Ihr rasches Zugehen die Lage des Revolvers verändert und der Angel jene Richtung auf die Gräfin Hohenstein gegeben haben, während sie nach der Absicht des Angeklagten seinen eigenen Kopf hätte treffen sollen. Halten Sie das für möglich?“

[Fortsetzung folgt]

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Zur neuen Umsturzvorlage.

Berlin, 14. Mai. Der im Reichstage eingebrachte Antrag auf einfache Beseitigung des Verbotes der Verbindung politischer Vereine unter einander wird auch von den Nationalliberalen unterstützt werden.

Das Centrumsorgan, die „Germania“, schreibt: „Die in diesem Antrage enthaltene Antwort des Reichstages richtet ihre Spitze keineswegs gegen den Reichskanzler; sie beschreitet den verfassungsmöglichen und zugleich geraden Weg und ist zugleich ein Protest dagegen, daß die Poschwirthschaft eines pommerschen Landrats eine gesetzmäßige Sanction erhält und daß solches speziell preußisches Polizeiregiment ein Muster für die anderen deutschen Staaten werde.“

Zu der Vereinsgesetznovelle schreibt heute Abend die „Nationalztg.“: „Wir haben den Eindruck, daß die Reactionären und die ihnen dienstwilligen Elemente im preußischen Staatsministerium Eile haben, eine Krise herbeizuführen.“

Aus der Mitte der nationalliberalen Fraktion erhält die „Nationalztg.“ eine Aufschrift, worin es heißt, der durch und durch reactionäre Geist des ganzen Gesetzentwurfs mache denselben unannehmbar.

Das Organ des Fürsten Bismarck, die „Hamburger Nachrichten“, verurtheilt die Novelle gleichfalls; es befürwortet, wie früher, so auch jetzt ein Specialgesetz des Reiches gegen die Socialdemokratie.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Denen, welche es mit der Erörterung politischer Angelegenheiten ehrlich meinen, sollte schon die politische Vergangenheit des Fürsten Bismarck eine genügende Garantie dafür bieten, daß eine von ihm (aber auch von Herrn v. d. Recke. D. Red.) gemachte Vorlage keine reactionären Auswüchse enthält, sondern im Rahmen der Vorschriften bleibt, welche in der Verfassung gegeben sind.“

Die „Kreuzzeitung“ schweigt noch immer.

Dem Vernehmen nach will das Centrum, wenn eine so große Partei, wie die conservative, Commissionsberatung beantragt, diesem Verlangen nicht widersprechen.

Die nationalliberale „Kölner Zeitung“ wendet sich in ihrer Befredigung der Novelle mit scharfen Worten gegen die Umgebung des Kaisers, deren Ziel es sei, Gegensätze zwischen Kaiser und Regierung zu schaffen oder schon bestehende zu erweitern, um die ihr verhafteten begabten Staatsmänner zu stützen und sich der Staatsleitung zu bemächtigen. Erleichtert werde dieses Intrigenspiel durch den Umstand, daß der Kaiser von Männern aus jungerem Milieu umgeben sei, welche die hochherzigen Ideen des Monarchen nicht verstehen, während die Staatsmänner, welche die Ideen des Monarchen verantwortlich auszuführen haben, nur eine oberflächliche persönliche Fühlung mit dem Monarchen besitzen und den dauernden Einfluß der Umgebung des Kaisers zu bekämpfen haben. Wie mit der Zusammlung der Marinesoldaten, indem man durch Verschaffung extremer Forderungen im Lande ein Grauen vor den userlosen Plänen erregte, so mit dem Verhalten des Freiherrn v. Marschall anlässlich der Tausch-Affaire suchten die Intriganten auch bei der Vereinsnovelle den Concessionskampf zu vermehren. Aus manchen auffallenden Auseinandersetzungen müsse man herauslesen, welch große Macht in den leitenden Kreisen die Vorstellung besitze, es werde nothwendig sein, eine sozialistische Volkserhebung mit bewaffneter Macht eines Tages niederzuschlagen. Bei dieser Vorstellung habe jene Gruppe mit grohem Nachdruck eingelehnt und neue Verwirrung angerichtet. Mit der Vorlage werde man soviel Unzufriedenheit erwecken, daß der Schaden, den man zu verhindern glaube, damit kaum in Vergleich gestellt werden könne.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 14. Mai.

Das Abgeordnetenhaus überwies heute den Gesetzentwurf über die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten in Schlesien an die verstärkte Agrarcommission nach einer dreistündigen Debatte, worin von conservativer Seite betont wurde, das Gesetz würde ohne vollständige Grenzsperre gegen Russland unwirksam sein. Abg. v. Südländer (conf.) ging sogar so weit, daß er sagte, das Gesetz müsse hinausgeschoben werden, bis klarheit darüber geschaffen sei, ob wir eine Regierung haben, die fest entschlossen sei, die deutsche Landwirtschaft zu schützen. Mit dem Schwanken, dem ewigen Hin und Her der gegenwärtigen Regierung könnte es nicht ewig weitergehen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es hierbei auch zwischen dem Landwirtschaftsminister Thron. v. Hammerstein und den Abg. Camp (freicons.) und Ring (conf.), welche in der Angelegenheit des Thierarztes Arnold eine Erklärung für diesen verlangten. Der Minister verließ schließlich in großer Erregung den Saal, indem er die Thür hinter sich geräuschvoll ins Schloß warrte.

Bei der Beratung der Vorlage wegen einer Neuregelung des Verwaltungsfreitoverschreibens bei Zu widerhandlungen gegen die Zollgesetze erklärte auf mehrfache Anregungen bezüglich der

Einschzung einer amtlichen Auskunftsstelle für Preußen in Zollstreitsachen der Finanzminister v. Miquel, daß Preußen allein eine allgemeine Auskunftsstelle nicht einrichten dürfe ohne gegen die Zollhöchst des Reiches zu verstören; übrigens sei die Frage beim Reiche angeregt, begegne aber ganz außerordentlichen Schwierigkeiten.

Der Entwurf ging darauf an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Morgen stehen kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Die Friedensverhandlungen und das Vorrücken der Türken.

Paris, 14. Mai. Hier glaubt man, die Türkei werde nur 78 Millionen Frs. Kriegsentschädigung verlangen. Die Mächte würden Griechenland in keiner Weise verpflichten, sich durch Auslieferung der Flotte loszuhalten; wenn aber Griechenland die Entschädigung haarr zahlt, erwägen die Mächte eine Combination, welche die Wahrung der Rechte der früheren Gläubiger Griechenlands gestaltet.

Aanea, 14. Mai. Die „Agence Havas“ meldet, zum zweiten Male hätten der englische Admiral und der englische Consul ohne Wissen ihrer Collegen eine Proclamation an das kretische Volk gerichtet.

Konstantinopel, 14. Mai. Der Minister des Äuferen teilte dem Doyen der Botschafter mit, daß Domoko nach einem schwachen Widerstand seitens drei oder vier griechischer Bataillone von den Türken genommen worden ist. Die griechische Armee hatte sich vorher zurückgezogen.

Aurzel, 14. Mai. Der Kaiser unternahm heute früh einen Spazierritt und empfing sodann den Domprobst Ennsler aus Trier, welcher zum Frühstück zugezogen wurde. Um 1 Uhr erfolgte die Absaft des Kaiserpaares und der Prinzen nach Mouline, von wo ein Besuch der Schlachtfelder bei Amanweiler beabsichtigt ist. Morgen früh reist das Kaiserpaar nach Strasburg. Die Prinzen bleiben bis Montag in Aurzel.

Berlin, 14. Mai. Der Kaiser wird, wie aus Breslau gemeldet wird, am 21. Mai auf Schloss Sibyllenort zu kurzem Besuch des Königs und der Königin von Sachsen eintreffen.

— Die landsmannschaftlichen Vereine in Berlin, welche sich nach Provinzen, nach Kreisen oder nach einzelnen Ortschaften benennen, wie z. B. Schlesier, Posener, Rhineländer, Altmark, Austriner, Gubener etc., möchte ein Geh. Regierung-Rath nach einer Meldung der „Nationalztg.“ zu einem großen Verband zusammenschließen. In einer vertraulichen Besprechung wurde auch ein Entwurf hierzu vorgelegt. Der neue Verband soll der „guten Sache“ dienen, d. h. zunächst gegen die Socialdemokratie Front machen. Für die nächsten Tage wird eine allgemeine Versammlung sämtlicher Mitglieder solcher Vereine beabsichtigt unter Zusage der Landtags- und Reichstagsabgeordneten der Provinz Brandenburg mit Ausnahme der Socialdemokraten und des Abg. Ahlwardt.

— Der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird aus Wien gemeldet: Der Hofzug, womit der Fürst und die Fürstin von Bulgarien ihre Reise zur Leichenfeier für die Herzogin von Alençon und den Herzog von Auval angereten haben, ist am Mittwoch Nachmittag auf der Station Jagodina mit einem serbischen Postzug zusammengestochen. Die Zugführer hatten rechtzeitig gebremst, wodurch der Anprall gemildert wurde. Der Fürst, die Fürstin und das Gefolge blieben unversehrt, nur die Gerätschaften des Speisewagens und die Maschine des Postzuges wurden beschädigt. Der Hofzug setzte alsbald seine Fahrt nach Wien fort. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Berlin, 14. Mai. Bei der heute Nachmittag fortgeleiteten Ziehung der 196. preußischen Alterslotterie fielen:

32 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2682
7642 15 246 25 636 52 666 61 052 61 494 71 766
72 601 73 935 75 619 78 749 83 692 87 186 87 834
88 296 97 214 103 500 107 793 110 411 111 625
117 869 124 513 136 579 157 788 159 450 175 157
182 088 189 464 207 250 208 021 210 172.

46 Gewinne zu 1500 Mk. auf Nr. 12 580
15 364 17 623 22 048 25 949 28 700 37 406 39 519
45 536 47 740 51 492 61 010 64 869 73 299 75 645
77 680 78 023 78 066 88 009 92 639 101 322
103 295 105 213 108 096 117 914 123 548 128 119
135 540 142 623 147 251 156 691 165 614 171 392
179 423 180 792 186 386 194 028 198 288 205 093
206 637 207 821 208 384 210 746 211 463 213 982
219 472.

Washington, 14. Mai. Die heute abgehaltene Commissionsitzung des Postcongresses hat mit unbedeutenden Änderungen den deutschen Vorschlag auf wesentliche Erleichterungen betreffs der Transitvergütungen angenommen.

Danzig, 15. Mai.

* [Stadtberordneten-Sitzung am 14. Mai.] Vorsitzender Herr Steffens; der Magistrat ist fast vollzählig anwesend.

Die Versammlung nimmt zunächst Kenntnis 1) von dem Protokoll über die Monatsrevision des städtischen Leihamts; 2) von einem Abschiedsschreiben des auf sein Abschiedsgesuch mit dem Charakter als Generalleutnant zur Disposition gestellten bisherigen Festungscommandanten Herrn v. Prittwitz und Gaffron, in welchem derselbe den städtischen Behörden seinen herzlichen Dank ausspricht für das überaus freundliche und liebenswürdige Entgegenkommen, welches ihm dieselben bei jeder amtlichen wie privaten Gelegenheit erwiesen haben. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Gott segne die schöne Stadt Danzig. Möchte sie weiter blühen und geblieben als ein starkes Volkwerk ehren Deutschtums und königstreuer Vaterlandsliebel!“ Ferner nimmt 3) die Versammlung Kenntnis von

der Mitteilung des Magistrats, daß dem im Jahre 1879 von dem verstorbenen Stadtverordneten-Dorsteher Bischoff begründeten Unterstützungs fonds für städtische Subalternbeamte von einem Bürgers ein Geschenk von 3000 Mark gemacht sei, so daß statt der bisherigen drei in Zukunft alljährlich vier Spenden aus dieser Stiftung gewährt werden können. Die Versammlung schließt sich dem herzlichen Dank des Magistrats an den Seher an. Endlich nimmt 4) die Versammlung Kenntnis von der Mitteilung, daß für das Volks-Brauerebad auf der Niederstadt im verflossenen Staatsjahr 1849 Cubikm. Wasser aus der Prangenauer Leitung unentgeltlich abgegeben seien. Es wurden in dem Berichtsjahr in dieser Anstalt von Männern 14 642, von Frauen 2910, von Kindern 86 Bäder genommen. Die Einnahmen betrugen 1774, die Ausgaben 2244 Mk. — Auf eine Anfrage des Herrn Wig betreffs des für die Altstadt geplanten Volks-Brauerebades, zu welchem ein hochherziger Bürger 10 000 Mk. geschenkt hat, teilte Herr Oberbürgermeister Delbrück mit, daß das Project ausgearbeitet sei, die Platzfrage aber noch nicht habe gelöst werden können. Man habe den Heliopolisplatz am Spendhaus in Aussicht genommen, doch habe er große Bedenken, diesen einzigen freien Platz der Altstadt zu bebauen. Redner bitte noch etwas Geduld zu haben, da ein Fehler in der Wahl des Platzes schwer wieder gut zu machen sei.

Als erster Beschlusssatzgegenstand steht dann die Verpachtung einer Siedlung des Heubuden Grundgeländes zur Errichtung eines größeren Seebades auf der Tagesordnung. Nachdem der Antrag des Magistrats, dieses Gelände zu dem angegebenen Zweck dem Besitzer des früher Specht'schen Etablissements für 400 Mk. auf 12 Jahre zu verpachten, nicht die Majorität der Versammlung gefunden, ist öffentliche Ausbietung erfolgt, bei der von Herrn Hotelwirth Neubeyer 1100, von Herrn Mantuussel 1070, von Herrn Gastwirth Croll 1050 Mk. geboten worden sind. Der Magistrat beantragt Zuschlagserteilung an den Meistbietenden, indem er hervorhebt, daß er die früher von ihm für die Errichtung des Heubuden Seebades in Verbindung mit dem jetzt Mantuussel'schen Etablissement und Beschränkung auf einen mäßigen Pachtzins geltend gemachten Gründe nach wie vor als zutreffend erachte, nach geschehener Ausbietung aber die Annahme des Meistbietes für das grundjährlich Richtig halte. Für die Annahme des Meistbietes hat sich auch die Forst- und Grundbesitz-Deputation mit 4 gegen 8 Stimmen entschieden, dagegen die Kammerdeputation mit überwiegender Mehrheit für die Verbindung des Seebades mit dem Specht'schen Garten-Etablissement und deshalb für Annahme des Mantuussel'schen Gebots votirt. — Herr Berenz beantragt Zuschlagserteilung an Mantuussel für dessen Gebot von 1070 Mk. Er sei schon in der vorletzten Sitzung für den damaligen Magistratsantrag gewesen, weil er nach seinen Erfahrungen bei der Gesellschaft „Weichsel“ wisse, welche Kosten die Wegeanlagen machen und daß hohe Erträge bei den Heubuden Badeanlagen nicht herauszuwirken sein würden. Herr Mantuussel habe das Specht'sche Etablissement, mit dem steis das Bad Heubude verbunden war, gekauft und die Voraussetzung haben müssen, daß er auch das Bad behalten werde. Er würde großen Schaden erleiden, wenn man es ihm jetzt entziehe. — Herr Simson schließt sich den Ausführungen des Herrn Berenz an und bittet, den Magistratsantrag abzulehnen, für welchen Fall er einen Eventual-Antrag stellen werde. — Herr Dr. Lehmann spricht in längerer Ausführung für strikte Aufrechterhaltung des Grundsatzes, dem Meistbietenden den Zuschlag zu ertheilen. Es handle sich um ein wertvolles Stück Land, das der Magistrat früher unter dem Werthe habe vergeben wollen. Durch die von der Versammlung beschlossene Ausbietung sei der Beweis geliefert worden, daß der frühere Antrag des Magistrats dem Werthe des Grundstücks nicht entsprach. — Stadt. Klein erklärt, er habe bei der ersten Beratung der Sache für die Ausbietung gestimmt, weil er bei der großen Differenz des ersten Mantuussel'schen Gebots von 400 Mk. und den anderweitigen privaten Angeboten bis zu 1200 Mk. durch die Ausbietung erst den Ernst dieser Angebote ermitteln wollte. Der jetzige geringe Unterschied von 30 Mk. zwischen den beiden Bestgeboten könne ihn nicht bestimmen, dem Mantuussel'schen Etablissement, welches von älterer das beliebteste Garten-Etablissement und das eigentliche Kurhaus für Heubude sei, das Bad zu entziehen. Der Aufsatz des Magistrats, welcher früher behufs geheimer Entwicklung des Heubuden Bades Herrn Mantuussel den Zuschlag für 400 Mk. geben und je einem Preisunterschiede von 30 Mk. diesen Gesichtspunkt opfern wolle, vermöge er nicht zu folgen. Bei allen Licitationen behalte sich die städtische Verwaltung die freie Auswahl unter den Best- und Nächstbestbietenden vor und es komme auch nicht gerade selten vor, daß man bei geringen Unterschieden aus persönlichen oder sachlichen Gründen nicht dem Höchstbietenden den Zuschlag ertheile. — Herr Muscate verweist auf die bei den Restaurations auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung mit aufrorigem Geschäftsbetrieb gemachten peinlichen Erfahrungen und spricht, den Ausführungen der Vorredner Berenz und Klein beitretend, für Annahme des Mantuussel'schen Gebotes. Auch Herr Davidohn befürwortet dies, indem er darauf hinweist, die vom Magistrat angeführten Gründe sprächen für das Mantuussel'sche Gebot, während der Antrag auf Annahme des Neubeyer'schen laute. — Herr Oberbürgermeister Delbrück erwidert zunächst Herrn Dr. Lehmann, auch der Magistrat habe seine Ehre und auch die Magistratsmitglieder hätten ein Gewissen. Ihr Gewissen sorge dafür, daß sie sich durchdringen fühlen von der Pflicht, städtisches Eigentum stets so zu verwalten, wie es nach ihrem aus sorgfältiger Erwägung geschöpftes Überzeugung zum Besten des Gemeinwesens gereicht. Zustimmung. Redner legt dann nochmals die Gesichtspunkte dar, welche ihn früher veranlaßt hätten, hier jedes speculative Interesse auszuschließen. Die Majorität der Versammlung sei anderer Ansicht gewesen. Ob sie, ob der Magistrat Recht gehabt, könne sich erst entscheiden, wenn der nach Ansicht des Magistrats zu hohe Pachtzins eine Reihe von Jahren pünktlich gezahlt worden sei. Der Magistrat erachtete sich mit der Ablehnung seiner früheren Vorlage der Verantwortung entbunden, er bringe nun lediglich das Meistbiet in Vorschlag, werde sich aber nicht widersetzen, wenn die Versammlung den Nächstbestbietenden vorziehe. — Der Antrag des Herrn Berenz, unter Ablehnung des Magistratsantrages

den Magistrat zu ersuchen, daß er Herrn Mantuussel für dessen Gebot von 1070 Mk. den Zuschlag ertheile, wird darauf mit großer Mehrheit (ca. 35 gegen ca. 12 Stimmen) angenommen.

Genehmigt wird dann die Verpachtung des Raumes in dem Thurm „Rück in de Rök“ auf 3 Jahre an den Tischlermeister Böhne für jährlich 108 Mk.; der Fischereimzug in dem lodernden Binnengewässer der Weichselcoupur nebst der Weichselplatte an das Füsilier-Bataillon des Grenz-Regiments Nr. 5 auf ein ferneres Jahr für 2 Mk.; der Grasnutzung am Pfandgraben auf weitere drei Jahre für jährlich 10 Mk. an den Fabrikbesitzer H. Merten; der Verkauf einer kleinen Landparzelle bei Neujohlland für 300 Mk. an den Fabrikbesitzer Joh. Hirschberg (in Firma Ed. Pfannenstiel); die Überlassung des bisher von der Kunsthalle (die jetzt mit der staatlichen Fortbildungsschule vereinigt ist) benutzten Dachgeschosses im Westflügel des Franziskanerklosters an das Stadtmuseum.

Von Block V des ehemaligen Festungsgeländes (gegenüber dem Hauptbahnhof), von dem die Deernie'sche Brauerei kürzlich ein größeres Stück für 100 Mark pro Qmtr. gekauft hat, sind weitere Parzellen durch die öffentlichen Blätter zum Kauf ausgetragen. Die eingangenen Gebote blieben meistens unter 100 Mark pro Qmtr. und sind abgelehnt worden, weil der Magistrat für dies Gelände an dem Normalpreise von 100 Mark glaubt festhalten zu müssen. Nur Herr Bäckermeister Karow hat für eine Parzelle von 786 Qmtr. diesen Normalpreis geboten und es wird nun beantragt, ihm die 786 Qmtr. für 78 600 Mark zu verkaufen. Auch diese Vorlage wird, gleich den oben erwähnten vorangegangenen, ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zur Beratung kommt sodann die Hauptvorlage der heutigen Sitzung: betreffend die Errichtung einer elektrischen Centralen mit Gleichstromsystem für die innere Stadt und mit Drehstrom-System für Langfuhr, Legan und Große Allee auf dem Bleihofe sowie Aufnahme einer Anleihe von 1 250 000 Mk. zur Belieferung der Kosten für diese Anlage. Die bezügliche Vorlage haben wir in allem Wesentlichen bereits in unserer letzten Sonntags-Nummer mitgetheilt. Sie verlangt bekanntlich für heute noch keine definitive Beschlusssatz über das der Ausführung zu Grunde zu legende specielle Project, sondern nur eine grundsätzliche Entscheidung über die Sache und die Vollmacht für den Magistrat, über das definitiv aufzustellende Project und dessen Ausführung mit der Firma Siemens u. Halske zu verhandeln und die Modalitäten der Anleihe vorzubereiten. — Über die Vorlage entsteht eine ca. zweistündige Debatte, deren Verlauf wir in Nachstehendem kurz skizzieren:

Herr Oberbürgermeister Delbrück: Diese Vorlage ist die Veranlassung dazu, daß wir eine dringende Sitzung für heute, am ungewöhnlichen Freitag, beantragen müssen, weil es uns auf jeden Tag ankommt und viele gewichtige Gründe und finanzielle Vortheile dafür sprechen, daß wir bereits zum 1. April nächsten Jahres mit einem Theile der Anlage den Betrieb eröffnen können. Wir haben die hervorragendsten Firmen zur Einreichung von Projecten aufgesondert und diese einem der bedeutendsten Sachverständigen, Herrn Geheimrat Prof. Dr. Ritter, zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt. Derselbe hat hier zwei Tage lang mit uns und der von der Stadtverordneten-Versammlung eingeladenen Fachcommission verhandelt. Der heute zur Beratung gestellte Antrag des Magistrats ist das einstimmig beschlossene Ergebnis dieser Verhandlungen. Die Techniker haben dem Gleichstrom den Vorzug gegeben, weil bei der Anlage Accumulatoren zur Verwendung kommen. Es wird deshalb der Betrieb nur nach Bedürfnis gehen, da wir in den Accumulatoren den Ausgleich bestehen, und bei geringerem Consum, wie wir ihn zu Anfang zu erwarten haben, der Betrieb eingeschränkt werden kann. Die Accumulatoren werden aber auch dazu beitragen, daß die Schwanken in der Beleuchtung nicht zu befürchten ist und daß deshalb die Zeit der Kinderkrankheiten, mit denen eine derartige Anlage zu kämpfen hat, weniger acut wird, als bei der Verwendung von Drehstromen. Das hat aber den finanziellen Nutzen für uns, daß wir das Publizum leichter als Consumenten gewinnen. In einer Stadt, welche Drehstrom eingeschöpft hat, sind die Schwankungen sehr gewesen, daß es der Verwaltung sehr schwer geworden ist, Abnehmer zu gewinnen. Bei der Anwendung von Gleichstrom war unstre

Wir hatten bei unseren Ausschreibungen uns nicht auf ein festes Programm beschränkt. Wir hatten weder das Stromsystem noch den Platz für die Centrale festgelegt und uns lediglich daraus beschränkt, die drei uns zur Verfügung stehenden Plätze zu bezeichnen. Es sind 21 Projekte eingegangen und es ergab sich bald, dass nur die Firma Siemens u. Halske den Bleihof in Betracht gezogen hatte und im wesentlichen ihr Projekt so gestaltet hatte, wie es später angenommen haben. Uns ist von anderer Seite vorgeworfen worden, wir hätten nicht fair gehandelt, mit Siemens u. Halske Fühlung gehabt. Ich erkläre hiermit öffentlich und ausdrücklich, dass diese Behauptung eine Unwahrheit ist. Kein Mitglied des Magistrats hat Beziehungen zu irgend einer der concurrenden Gesellschaften gehabt, keiner hat einen Interesse, die eine oder andere zu bevorzugen, und direct mit uns verhandelt hat nur die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft.

Die Projekte haben uns aber auch ein Bild von den Preisen gegeben, die verlangt wurden. Wenn die einzelnen Projekte grössere Differenzen aufweisen, so führen dieselben nicht daher, dass verschiedene Einheitspreise eingefordert worden sind, sondern dass die Projekte ein grösseres oder kleineres Versorgungsgebiet umfassen. Der Sachverständige Dr. Ritter hat verschiedene Tabellen angefertigt, aus denen hervorgeht, dass die Preise der drei mindestfordernden Firmen, Siemens u. Halske, Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft und Schuckert, nur wenig von einander abweichen, auch die von der Firma Helios eingestellten Preise stellen sich nur bei den Objekten höher, welche die Firma nicht selbst herstellt. Es scheint deshalb eine neue Ausdeutung nötig und erforderlich noch nützlich und sie würde nur eine neue Verzögerung hervorrufen. Es müsste für eine neue beschränkte Submission unter den drei mindestfordernden Firmen ein neues Programm ausgearbeitet werden. Die eingegangenen Offerten müssten von neuem geprüft werden, und dadurch würden monatlange Verzögerungen hervorgerufen werden, ohne dass etwas Wesentliches erreicht würde. Die Prüfung und Feststellung der Einheitspreise wird am besten in den Verhandlungen mit der ausführenden Firma vorgenommen. Es ist wichtig, dass vor der Ausführung eines so großen Unternehmens mit dem leitenden Ingenieur spezielle Vereinbarungen über die Ausführung und die Preise der einzelnen Objekte getroffen werden. Der Sachverständige erklärt uns, die drei Firmen sind in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit und in Bezug auf die von ihnen gefestigten Preise gleich, es ist nicht meine Sache, eine bestimmte Firma zu bezeichnen. Wenn wir nun die Firma Siemens u. Halske gewählt haben, ist es deshalb geschehen, weil sie das Project herausgefunden hat, welches als das für die Ausführung zweckmässigster erklärt worden ist und welches unserer Wünschen am meisten entspricht. Aus diesem Grunde wollen wir mit Siemens u. Halske in nähere Verbindung treten. Aber noch ein anderer Grund drängt uns zu einem schleunigen Abschluss. Wir haben mit der Anlage etwas lange gefejt. Wenn wir dieselbe jetzt nicht am 1. April k. J. in Betrieb setzen können, so wird das unangenehme Folgen für uns haben. Die grossen Häuser auf dem neuen Wallterrain, die am 1. April fertig sein werden, sind auf elektrische Beleuchtung und auch auf elektrischen Betrieb eingerichtet. Wenn wir nicht am 1. April fertig werden, so ist die Gefahr vorhanden, dass sich an die Privatindustrie wenden und dann würden uns viele leistungsfähige Abnehmer verloren gehen. Wir haben kein Interesse daran, ob diese oder jene Firma diese Anlage herstellt, wir sind über der Überzeugung, dass jede Verzögerung der Entwicklung der elektrischen Anlage schadet. Deshalb bitten wir gerade im finanziellen Interesse der Stadt, die Vorlage des Magistrats anzunehmen und von einer neuen Ausschreibung abzusehen. (B.-fall.)

Herr Stadtvorordneter Böse vermisst in der Vorlage die Darlegung der Bedürfnisfrage. Die Angelegenheit habe schon vor fünf Jahren den Magistrat beschäftigt, derselbe sei damals der Ansicht gewesen, dass die Sache nicht dringend und zu riskant sei. Die Hauptfrage sei, dass die Stadt nichts riskieren dürfe, sich möglicherweise schaden könnte. Der Redner beruft sich bei seinen Ausführungen namentlich auf die Werke des Professor Schröder aus Holle, deren letztes in Jahre 1892 erschienen ist. In diesem Werk wurde empfohlen, wenn einmal eine Stadt „elektricitätslüstern“ sei, die Anlagen durch die Privatindustrie ausführen zu lassen und sich nur das Aufsichtsrath und Anteil an dem Reingewinn vorzubehalten. Dieses System habe Berlin, Altona und Nürnberg zu seinem Vorteil gewählt, während Städte, die eigene Werke errichtet hätten, schlecht gefahren seien.

Herr Oberbürgermeister Delbrück: Die Bedürfnisfrage habe der Magistrat jetzt nicht erörtert, weil sie bereits im November von der Stadtvorordneter-Versammlung einstimmig bejaht worden, ebenso einstimmig von der eingeführten Commission anerkannt sei. Das Buch von Schröder sei ihm nicht unbekannt. Geheimrat Dr. Ritter, den er deshalb gefragt habe, habe ihm gesagt: Wenn Schröder dieses Buch nicht geschrieben hätte, würde manche Stadt sehr zufrieden sein. In den letzten fünf Jahren seien bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrotechnik gemacht worden und wenn der Magistrat heute anderer Meinung sei, so habe er gelernt, wie das ja in der Verwaltung allgemein vorkomme. In Berlin seien auch die Gasanstalten in den Händen von Privatgesellschaften, da habe der Magistrat auch bei der elektrischen Beleuchtung dem Kampfe der Concurrenz freies Spiel lassen können. Hier sei das anders. Die Gasanstalt ist hier eine bedeutende Betriebsanstalt der Stadt und spielt eine bedeutende Rolle in dem städtischen Haushaltungsplane. Der Gasconsument sei nach Einführung der elektrischen Beleuchtung nicht zurückgegangen, und wie das Beispiel von Berlin lehrt, würde in vielen großen Städten Gasbeleuchtung und elektrisches Licht nebeneinander verwendet. Deshalb sei es nothwendig, beide Beleuchtungsarten in einer Hand zu behalten, nicht der städtischen Gasanstalt eine privat-Concurrenz an die Seite zu stellen.

Herr Stadtvorordneter Böse verneint, dass es Herrn Dr. Ritter nicht möglich gewesen sei, seine klaren und überzeugenden Ausführungen sämtlichen Stadtvorordneten vorzutragen. Er würde es für einen Fehler halten, wenn der Vorschlag des Magistrats nicht akzeptiert würde. Er erinnert an die Vorgänge, die sich bei Einführung der Gasbeleuchtung abgespielt haben und bittet, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Die Einführung der elektrischen Beleuchtung werde jetzt durch die Verhältnisse der Stadt geradezu aufgewungen.

Herr Stadtvorordneter Böse verneint, dass es Herrn Dr. Ritter nicht möglich gewesen sei, seine klaren und überzeugenden Ausführungen sämtlichen Stadtvorordneten vorzutragen. Er würde es für einen Fehler halten, wenn der Vorschlag des Magistrats nicht akzeptiert würde. Er erinnert an die Vorgänge, die sich bei Einführung der Gasbeleuchtung abgespielt haben und bittet, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Die Einführung der elektrischen Beleuchtung werde jetzt durch die Verhältnisse der Stadt geradezu aufgewungen.

Herr Stadtvorordneter Böse verneint, dass es Herrn Dr. Ritter nicht möglich gewesen sei, seine klaren und überzeugenden Ausführungen sämtlichen Stadtvorordneten vorzutragen. Er würde es für einen Fehler halten, wenn der Vorschlag des Magistrats nicht akzeptiert würde. Er erinnert an die Vorgänge, die sich bei Einführung der Gasbeleuchtung abgespielt haben und bittet, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Die Einführung der elektrischen Beleuchtung werde jetzt durch die Verhältnisse der Stadt geradezu aufgewungen.

Herr Stadtvorordneter Böse verneint, dass es Herrn Dr. Ritter nicht möglich gewesen sei, seine klaren und überzeugenden Ausführungen sämtlichen Stadtvorordneten vorzutragen. Er würde es für einen Fehler halten, wenn der Vorschlag des Magistrats nicht akzeptiert würde. Er erinnert an die Vorgänge, die sich bei Einführung der Gasbeleuchtung abgespielt haben und bittet, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Die Einführung der elektrischen Beleuchtung werde jetzt durch die Verhältnisse der Stadt geradezu aufgewungen.

gebote der Firmen geprüft und habe in seinem Protokoll erklärt, dass überall so niedrige Preise eingefordert worden seien, dass eine Herabminderung derselben auf reeller Basis nicht zu erreichen sei. Er halte deshalb eine neue Ausschreibung nur für Zeitverlust. Es sei möglich, dass sich die Firmen gegenseitig herunterdrücken würden, es sei aber nicht wahrscheinlich, dass mit einer Unterbietung der Preise andere Uebelstände mit in den Kauf genommen werden müssten, die sich zur Zeit noch gar nicht übersehen lassen.

Herr Stadtvorordneter Böse steht auf dem Boden der Vorlage des Magistrats, doch sei er für die Ausschreibung einer engeren Submission. Es liege sich doch vielleicht eine Herabminderung der Kosten um 100 000 bis 150 000 Mk. erreichen und das sei doch wohl mitzunehmen. Wir wollen die Anlage billig und gut haben und dafür werde die Concurrenz sorgen. Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, dass bei einer neuen Ausschreibung eine Verzögerung eintreten werde, sei nicht zutreffend. Wenn die Firma Schuckert habe in einer Eingabe an den Magistrat sich bereit erklärt, in neun Monaten gegen eine hohe Conventionalstrafe die Anlage fertig zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Delbrück weist aus den Tabellen der Sachverständigen nach, dass die von den drei mindestfordernden Firmen gefestigten Preise ziemlich gleich sind. Der Nachteil, der durch die Verzögerung entstehen würde, steht in keinem Verhältnis zu dem Vorteil, den man bei einer neuen Ausschreibung erzielen könnte.

Herr Stadtrath Ehlers würde als Rämmerer nichts gegen den Antrag Schmidt haben, wenn die Stadt einen finanziellen Vorteil davon haben würde. Er führt dann noch einmal die Gründe, welche für die Magistratsvorlage sprechen, eingehend und eindringlich vor und gibt der Meinung Ausdruck, dass selbst eine Herabminderung der Kosten der Anlage um 50 000 Mark die Nachteile, die durch die Verzögerung entstehen, nicht aufwiegen würde.

Herr Dr. Lehmann sprach dann in längerer Ausführung für den Antrag Schmidt und erfuhr schließlich unter der Heiterkeit der Versammlung den Magistrat „angesichts unserer Gründe“ seinen Antrag zurückzuhauen. — Herr Oberbürgermeister Delbrück erwiederte, die ganze Debatte drehe sich wieder um den Glauben an die Submission. Weil die Stadt durch eine neue Submission schaden erleiden würde, deshalb sei er gegen dieselbe.

Es gelangte nunmehr ein Antrag auf Schluss der Debatte zur Annahme, worauf nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn Schmidt zur Abstimmung geschriften wurde. Der Antrag Schmidt und Genossen wurde mit großer Majorität abgelehnt und dann über die drei Säte der Magistrats-Vorlage abgestimmt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ermächtigen, unter Zuziehung des Sachverständigen Geheimen Hofrats Professor Dr. Ritter mit der Firma Siemens u. Halske in Verbindung zu treten, behufs Fertigstellung des Projects einer auf dem Bleihof zu errichtenden Gleichstrom-Centrale, kombiniert mit Dreiphasen-Erzeuger für die entlegenen Absatzgebiete einschließlich Langfuhr, sowie behufs Vorbereitung des mit dieser Firma abzuschliegenden Vertrages betreffend die Ausführung der Anlage“.

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ermächtigen, unter Zuziehung des Sachverständigen Geheimen Hofrats Professor Dr. Ritter mit der Firma Siemens u. Halske in Verbindung zu treten, behufs Fertigstellung des Projects einer auf dem Bleihof zu errichtenden Gleichstrom-Centrale, kombiniert mit Dreiphasen-Erzeuger für die entlegenen Absatzgebiete einschließlich Langfuhr, sowie behufs Vorbereitung des mit dieser Firma abzuschliegenden Vertrages betreffend die Ausführung der Anlage“.

wurde mit 34 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die beiden folgenden Anträge, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 1250 000 Mk. und Nachbewilligung von 10 000 Mk. zu den Vorarbeitskosten, wurden mit noch grösserer Majorität angenommen.

Zur Anlage einer neuen Bedürfnishälfte auf dem Holzmarkt werden 2600 Mk. zur Fortsetzung der bisherigen Vermessungen in der Stadt und den Vorstädten, und zwar speziell in Schödith, Stolzenberg, Altschödith, Stadtgebiet und St. Albrecht 2000 Mk. zur Befestigung eines Stellvertreters für den erkrankten und aus dem städtischen Dienst scheidenden Assistenten am Arbeits- und Gleichenhause Herrn Dr. Löwfeld 300 Mk. bewilligt. Herr Brauereibesitzer Louis Nordt wird zur Verbindung seiner beiden Grundstücke Weismönchen-Hintergasse 9 und 19 die Anlage eines unterirdischen Kanals unter der Straße unter bestimmten Bedingungen und Zahlung einer Recognitionsgebühr von jährlich 3 Mk. gestattet. Schließlich genehmigte die Versammlung die Löschung verschiedener Grundbesitzes von jährlich 241 Mk. auf der Speicherinsel, welche durch Zahlung von 4820 Mk. abgelöst sind, und desgleichen von 3 Mk. jährlich in Langfuhr, ebenfalls durch Zahlung des 20fachen Betrages abgelöst, und seit dann die Beratung von Etats pro 1897/98 fort. Es wird nach kurzen Spezialdebatten, die ohne allgemeines Interesse sind, der Rämmerei - Etat in Einnahme auf 320 219 Mk. in Ausgabe auf 473 490 Mk. festgesetzt, worauf die Versammlung um 8 Uhr Abends sich auf nächsten Donnerstag verlässt.

* [Reconstruction am Stockthurne.] Zu der Mittheilung über die Reconstruction der früher vermauerten Pforte am Stockthurne, welche wir gestern Morgen machten, hören wir nachträglich noch, dass der Magistrat nach dem Plane unseres künstlerischen Bürgers Herrn L. Giedzinski die in Eichenholz geschnitzte Thüre mit ihren Darstellungen wiederherstellen ließ. Die Ausführung der Reconstruction hat dann in sehr dankenswerther Weise Herr Giedzinski für seine eigene Rechnung bewirken lassen.

* [Prauster Fettvieh-Berwerthungs-Genossenschaft.] Gestern Nachmittag hielt im Saale des Herrn Auchs in Praust die neu gegründete Fettvieh-Berwerthungs-Genossenschaft für die beiden Kreise Danziger Höhe und Niederung unter dem Vorsitz des Herrn Rittergutsbesitzers Jonas Regen ihre General-Versammlung ab, welche vornehmlich der Eingehaltung der von den Genossen gezeichneten Geschäftsantheile galt. Eine Anzahl von Bürgern aus allen Theilen unserer beiden Landkreise hatte sich zu der Versammlung eingefunden. Herr Hauptmann v. d. Marwitz berichtete, nachdem der Vorsitzende mitgetheilt hatte, dass auf je 10 Mark Grundsteuer der Genossen 1 Mark Geschäftsantheil kommen sollten, über die bisherige Tätigkeit des Vorstandes, die man mit der Action der Mächte vor Kreis vergleichen könne: es habe lange gedauert, aber schließlich sei doch etwas erreicht worden. Der Vorstand der Genossenschaft plant die Errichtung von Anlagen am Bahnhofe in Praust, um die Verladung der von den Genossen gestellten Thiere bequem zu ermöglichen. Dort muss ein Anschlussstrang an das Geleise der Bahn errichtet, ein Comtoit mit Wiegeanstalt und ein gedekter Stappens gebaut werden, was die Summe von etwa 8000 Mark in Anspruch nehmen würde. Der Vorstand beantragte daher, für die bereits entstandenen und die noch vorzunehmenden geschäftlichen Maßnahmen vorläufig einen Credit von 9000 Mk. bei der westpreussischen Genossenschaftsbank aufzunehmen. Vorerst den Antrag entspann sich eine recht lebhafte Debatte, in welcher Herr Verbandsanwalt Heller-Danzig die Creditorhälften der Genossenschaft erläuterte. Die Versammlung sprach

dem Vorstande ihren Dank für seine Mühe-waltung aus und genehmigte die von ihm bisher ergriffenen Maßnahmen.

* [Danziger Ruder-Verein.] Gestern empfing der Danziger Ruder-Verein aus der renommierten Bootsbauerei von H. Clasper in London einen neuen Rennvierer, der die Vereinsfarben zum ersten Mal auf der Danziger Regatta am 27. Juni vertreten soll.

Aus der Provinz.

3. Marienwerder, 14. Mai. Von einem schweren Brandschaden ist Herr Gutsbesitzer Gemrau in Gogolow in der Nacht zu gestern betroffen worden. Während er zum Besuch seiner in einer Königsberger Klinik weilenden Gattin von Hause abwesend war, kam wahrscheinlich durch böswillige Brandstiftung — in der Scheune — Feuer aus, welches auch die übrigen Wirtschaftsgebäude ergriff und vernichtete. Ein im Viehhall schlafender Futterknacht rettete mit knapper Noth das nackte Leben, über 30 Stück Vieh und etwa 20 Pferde kamen in den Flammen um. — Dem Fischauer Lipka I. von der 2. Compagnie der hiesigen Unteroffizierschule, der am 23. November v. J. in Ortsburg einen auf dem Eis eingebrochenen Kanabin vom Tode des Ertrinkens gerettet hatte, ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

Dlemel, 13. Mai. Die Auflösung der Memeler Navigationschule soll nun befohlene Sache sein,

und das — bemerkt dazu das „Mem. Dampf.“ — trotz aller Eingaben an das Ministerium, trotz

zweier Immediatgesuche an den Kaiser, trotz des den Memelern günstigen Beschlusses des Abgeordnetenhauses.

Bermischtes.

Die griechische Jungfrau von Orleans.

Dem Kopenhagener Blatt „Politiken“ wird von seinem Althener Berichterstatter über die „griechische Jungfrau von Orleans“ folgende kostliche Schilderung geliefert: „... Hornsignale hörte man in den Straßen und an der Spitze eines Volksaufzuges sah ich ein junges Mädchen, wie ein Mann gekleidet, mit einer griechischen Fahne in der Hand. Aus den nahen Gassen kamen Jungen, Bummler und Soldaten herbeigeeilt, und wie ein Laufseuer ging es durch die Stadt: „Eine griechische Jeanne d'Arc ist in Athen eingetroffen!“ Der ganze Aufzug bot etwas, das den Jüngstau fesselte. Das junge Mädchen — in brauner Tracht, mit Patronengürtel über beiden Schultern, das lange kohlschwarze Haar den Rücken herunterwällend — zog an der Spitze eines begeisterten Hauses einher. Das erweckte die Vorstellung eines besonderen gesichtlichen Auftrittes. Schließlich hielt der Aufzug vor einem einfachen zweistöckigen Hause. Erfüllt von dem Gedanken eines Interviews der Jeanne d'Arc drängte ich mich durch die Menge und schlüpste in's Haus hinein. Hier wurde ich aussfreundlich von zwei älteren Damen empfangen, die gelebte Löchern an den Wangen und Simili-Diamanten in den Ohrringen hatten. Sie unterwarfen mich einem leichten Verhör und stellten mich dann dem Mädchen vor, das inzwischen auf den Altan getreten war, wo ich die begeisterten Athener huldigten. Da war nun aber sofort bei diesem jungen Mädchen ein gewisses Etwas, das mir nicht zusagte. Sie war nicht, wie man sich unter den Jüngstau erzählte, aus Macedonien angekommen, sondern die Tochter eines Kleinbürgers in Athen. Es war in ihrem Gesicht mehr Verschlagenheit, als Reinheit, namentlich wenn sie in kokettirender Weise die weißen Jähne zeigte. Niemals hatte ich so weiße Jähne gesehen. Sie waren wohlgeformt und glattpolirt, aber dennoch entbehren sie Leben und Wärme. Ich wurde verspottet, und alle Poeste entwand dieser Frauengestalt, als man mir später erzählte, sie trate — als Reclame für einen Jahnarzt auf, der sie mit einem neuen Gebiß ausgestattet habe!“

Es gelangte nunmehr ein Antrag auf Schluss der Debatte zur Annahme, worauf nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn Schmidt zur Abstimmung geschriften wurde. Der Antrag Schmidt und Genossen wurde mit großer Majorität abgelehnt und dann über die drei Säte der Magistrats-Vorlage abgestimmt.

Das Steuerzahlen ist gewiss für alle Welt eine sehr unangenehme Beschäftigung. Man kann sich daher die Freude des kleinen Dorfes Liendo (Santander, Spanien) vorstellen, als seine Einwohner vor wenigen Tagen für „ewige“ Zeiten von Steuern befreit wurden. Das ging nämlich folgendermaßen zu: Vor vielen Jahren wanderte ein armer Bauer nach Südamerika aus, erwarb sich dort ein bedeutendes Vermögen und kehrte vor kurzem wieder nach seinem Heimatort zurück, um hier seine letzten Tage zu verbringen. Das Alters der Bürgers über die hohen Steuern schmerzte den alten Mann sehr, und er riefte eines schönen Tages nach Madrid, um für 500 000 Pesetas Stadtpapiere auf den Namen seines Heimatorts zu kaufen. Die Jinsen kommen der Dorfverwaltung zu gute mit der Bedingung, dass davon sämtliche Staats- und Kommunalabgaben der Einwohner bestritten werden.

Aleine Mittheilungen.

* [Schulen im Eisenbahnwagen.] In West-Turkestan gibt es noch keine Schulen; die russische Regierung hat daher einige Eisenbahnwagen, die als Schule eingerichtet sind, zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig ist natürlich das nötige Lehrpersonal gestellt. Diese fahrenden Schulen halten sich bei den bestimmten Stationen nur kurze Zeit auf. Den dort bereits warkenden Kindern wird Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Grammatik erteilt, worauf Schule und Lehrer zur nächsten Station weiterfahren.

* [Selte Lebenskraft.] Wie englische Blätter berichten, wurde der Bergmann John Wilson, welcher sich in der Killie-Jeche befand, als das Wasser von der naheliegenden aufgegebenen Jeche in Strömen hineindrang, nachdem er sich 100 Stunden ohne Nahrung und Trank in der Tiefe befunden, noch lebend, freilich völlig erschöpft, aufgefunden und an die Oberfläche geschafft. So gewiss hatte man geglaubt, er sei umgekommen, dass die Witwe schon die Versicherungssumme erhalten hatte.

* [Das „große“ Loos.] Der glückliche Gewinner des Hauptgewinns der Mannheimer Pferdemarke Lotterie, ein Maurer Namens Keller aus Neckarhausen, hatte das betreffende Loos auf der Innenseite seiner Stubenhür aufgeklebt. Aus Furcht nun, dasselbe könnte beim Ablösen zerreißen und für ungültig erklärt werden, nahm er kurz entschlossen die ganze Thüre mit, von welcher er dann die Lotterie-Commission auch glücklich ablöste.

* [Armeepostkarte.] Der Sammeleifer hat sich seit einiger Zeit auch auf die illustrierten Postkarten erstreckt. Jetzt wird nach dem „Militär-Wochenblatt“ sogar die Herausgabe einer „Illustrirten Armeepostkarte für Mannschaften“ beabsichtigt, die für jeden einzelnen Truppenteil

in anderer Weise auf chromolithographischem Wege hergestellt werden soll. Da werden die Sammler also die Postkarten nach Regimentsnummern zusammenstellen müssen, was, wie das „Militär-Wochenblatt“ meint, „das militärische Interesse in weiten Kreisen wecken und erhalten wird.“

Kunst und Wissenschaft.

* [Die dritte internationale Ballonfahrt] zu wissenschaftlichen Zwecken ist am Donnerstag früh 3½ Uhr gleichzeitig in Petersburg, Berlin, Straßburg und Paris erfolgt. Die Ballons sind nur zum Theil benannt, in der Mehrzahl sind sie mit selbstthätigen wissenschaftlichen Instrumenten ausgerüstete Ballons. Diese „ballons sondes“ oder Registrierballons sind mächtige Werkzeuge in der Hand der Wissenschaft geworden und eine Hauptaufgabe der internationalen Commission ist es, die Beobachtungsmethode, die ihre Anwendung geschaffen hat, immer mehr zu verbessern. Der Aufstieg findet bereits um halb 4 Uhr Morgens statt, damit der erste Theil der Fahrkurve des Ballons noch im Schatten der Nacht liegt und so die Thermometer gegen die Sonnenstrahlen geschützt sind. Auch diesmal wieder erhält der Finder jeden Ballons 50 Mark

Die Gewinne der Königsberger Pferdelotterie,

R. Knabe, Theodor Berling, Herm. Lau, R. Bielitz & Co., J. F. Lorenz und die Expedition dieser Zeitung.

Stellung 28. Mai, bestehen aus 10 kompl. bespannten Equipagen, 47 edlen ostpreuß. Pferden, 2443 mass. Silbergegen-
gäden. Günstige Gewinnchancen, weil weniger Lose. Lose à 1 M., 11 Lose 10 M., Losporto und Gewinnliste 30 M.
extra empfiehlt die General-Agentur von Leo Wolff, Königsberg i. Pr., Kantstraße 2, in Firma G. Plokin, Joh. Wiens Nachf., h. Woyke, George Autrich.

(1883)

Bet Anlegung Maschinen-Betrieb für Ziegeleien

(compl. Anlagen in kürzester Frist)

empfiehlt sich das

(10721)

Jacobiwerk Meissen (Sachsen)

als eine der bedeutendsten Spezialfabriken.
Eigenes architectonisches Bureau zum Entwerfen von Bauplänen.

Begründet 1835.

ca. 400 Arbeiter.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist bei Nr. 97 „Strassenbahn Graudenz, C. Behn & Co.“ in Spalte 4 infolge Verfügung vom 11. Mai 1897 an demselben Tage Folgendes eingetragen:

Der Kaufmann Oscar Kuhn aus Graudenz ist durch Tod aus der Gesellschaft geschieden.

Graudenz, den 11. Mai 1897.

Königliches Amtsgericht.

(10900)

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen der Rittergutsbesitzerin Marie Freifrau von Rennertshof, geb. Sommer, zu Adl. Lissewo wird nach erfolgiger Abhaltung des Schluftermins hierdurch aufgehoben.

Gollub, den 8. Mai 1897.

Königliches Amtsgericht.

(10863)

Unterricht.

Stadt. Real- u. Handelsschule (Pensionat) in Marktbreit am Main.

Die Reisezeugnisse berechtigen zum einjährig-freiwilligen Dienste (seit 1879). Gute Verpflegung und strenge Aufsicht in meinem mit der Schule verbundenen Pensionat. Mässiges Honorar. Aufnahmesalter 10—16 Jahre. Näheres durch den Prospekt.

J. Damm. Rektor.

Vermischtes.

Aufruf eines Empfangsscheines.

Auf Antrag des Amtsvertreters a. D. Herrn Carl Ludwig Zehau in Zoppot wird der unbekannte Inhaber des Empfangsscheines Nr. 1531, der die Lebensversicherungsbank f. D. zu Gotha über den Verleihungsschein Nr. 106 685 am 5. Januar 1878 ausgestellt hat und wird ferner jeder, welcher Anbrüche an der Versicherung hat, aufgefordert, sich bis zum 28. Mai 1897 bei der Bankverwaltung in Gotha zu melden. Andernfalls wird dieser Schein außer Kraft gesetzt werden.

Danzig, den 1. Mai 1897.

Die Haupt-Agentur der Lebensversicherungsbank f. D. zu Gotha.

Karl Heinrich.

Norddeutscher Lloyd, Bremen

Beförderte Passagierzahl über 3½ Millionen.
Oceanfahrt nach New York
8-7 Tage.

Schnell-Postdampfer-Linien zwischen

Bremen-New York

GENUA-NEW YORK

Bremen-Baltimore Bremen-La Plata
Bremen-Brasilien Bremen-Ost-Asien
Bremen-Australien.

Nähere Auskunft ertheilt der

Norddeutsche Lloyd, Bremen

sowie dessen Agenten.

Adolf Loth, Danzig, Holzgasse No. 14.

Total-Ausverkauf

mit Galanterie-, Bijouterie- und Lederwaaren.

Wegen Aufgabe dieser Artikel werden dieselben zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft.

Geh günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.
Repositorien, Lombänke, Glashäfen ic., in jeder Größe, billig zu verkaufen.

(10623)

Zausmer jr.,

Langebrücke 69, am Rahnthor.

Friedrichroda.

Klimat. u. Terrainkurort besucht Sommerfrische i. Th. W.
Alle med. Bäder. Frequenz 1896: 9866 Personen excl.
Passanten. Auskunft und Prospekte kostenfrei.

(9184)

Das Badecomité. Sanitätsrath Dr. Weidner.

Bet Anlegung

von

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher

à 10 Pf.

sind zu haben in der

Expedition der

Danziger Zeitung".

Verkaufszeit von 8-1 und 3-7.

Quittungsbücher,

zum Quittieren und

Zinsen-Quittungsbücher